



Klimagesetz: Nach Werbe-Flugzeugen will die Regierung nun auch Werbeboote verbieten

***Der von der Regierung eingebrachte Änderungsantrag wurde von den Senatoren jedoch während der ersten Lesung des Klimagesetzes abgelehnt.***

Nach den Flugzeugen, die die bekannten Werbe-Transparente zogen, erklärte die Regierung am Dienstag, dem 15. Juni, dass sie auch Boote verbieten wolle, die in der Nähe von Stränden eingesetzt werden, um Werbebotschaften zu zeigen. Ein entsprechender Änderungsantrag der Regierung wurde während der ersten Lesung des „Klima- und Resilienz“-Gesetzes dem Senat vorgelegt.

Umweltministerin Barbara Pompili, die den Text vor den Senatoren verteidigte, wollte sich für einen „globalen Schutz der Strände“ gegen diese Art von Werbung einsetzen und berief sich darauf, dass „Urlauber ein Recht auf ein wenig Ruhe haben“. „Wir verbieten nicht die Werbung per Flugzeug an den Stränden, damit sie per Boot zurückkommt“, sagte sie.

**Das letzte Wort hat die Nationalversammlung**

Der Änderungsantrag der Regierung zielt jedoch nur auf kommerzielle Werbung ab und lässt de facto Werbung „für Sportereignisse, insbesondere nautische Veranstaltungen“ zu, die auf solchen Schiffe transportiert werden könnten, sagte die Ministerin.

Von den Senatoren abgelehnt, könnte der Änderungsantrag der Regierung in der zweiten Lesung in der Nationalversammlung, die das letzte Wort in Gesetzesangelegenheiten hat, erneut eingebracht werden. Das von den Abgeordneten in erster Lesung beschlossene Verbot von Werbeflugzeugen ab dem nächsten Jahr wurde von den Senatoren ebenfalls abgelehnt.